

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 38. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. Januar 2008, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Jürgen Feddersen (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln	5
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1698	
2. Zweckbindung von 40 % der Mittel des Zukunftsprogramms Wirtschaft für erneuerbare Energien	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1740	
3. Schleswig-Holsteins Beitrag zum Klimaschutz und mögliche Auswirkungen der Klimaveränderung auf Schleswig-Holstein	7
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/1620	
4. Transparenz bei EU-Agrarsubventionen	9
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1562	
5. Holzbeschaffungsrichtlinie in Schleswig-Holstein	11
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1379	
6. Stand der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1729	

-
- | | |
|--|-----------|
| 7. Beschlüsse von „Jugend im Landtag“ | 13 |
| Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdruck 16/2710 | |
| 8. Blauzungenkrankheit: Aktuelle Situation, Impfungen in Schleswig-Holstein, Meldungen von Tierzahlen, Finanzierung der Impfungen, Zeitplan | 14 |
| Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/2731 | |
| 9. Port Olpenitz: Stand des Genehmigungsverfahrens sowie die naturschutzfachliche Situation im Planungsgebiet und in der Nachbarschaft | 15 |
| Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/2731 | |
| 10. Verschiedenes | 16 |

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung äußert der Vorsitzende grundsätzlich die Bitte, Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung - sofern es sich nicht um aktuelle, nicht vorhersehbare Themen handle - nicht kurzfristig zu stellen, um sowohl den Fraktionen als auch der Landesregierung Gelegenheit zu geben, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Er kündigt an, künftig die Tagesordnung aufgrund kurzfristig eingereicherter Anträge nicht mehr zu erweitern, sondern über den Antrag zu Beginn der jeweiligen Sitzung abstimmen zu lassen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1698

(überwiesen am 22. November 2007 an den **Sozialausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Bernstein erklärt, es gebe noch Beratungsbedarf, und schlägt vor, den Antrag zunächst zurückzustellen.

Abg. Hildebrand verweist darauf, dass der ebenfalls beteiligte Wirtschaftsausschuss dem federführenden Sozialausschuss die Durchführung einer Anhörung empfohlen habe. Er schlägt vor, sich diesem Verfahren anzuschließen.

Abg. Dr. Höppner macht den Vorschlag, die vor kurzem in Berlin getroffene Entscheidung über die Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel in die Diskussion einzubeziehen.

Abg. Harms erklärt sich mit den Vorschlägen einverstanden. Er bittet das Ministerium, eine gegebenenfalls von der Bundesebene abweichende Haltung darzulegen.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Beratung des Antrags zurückzustellen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zweckbindung von 40 % der Mittel des Zukunftsprogramms Wirtschaft für erneuerbare Energien

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1740

(überwiesen am 12. Dezember 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Bernstein legt dar, die Fraktionen hätten ihre internen Beratungen noch nicht abgeschlossen, und schlägt Zurückstellung des Antrags vor.

Abg. Matthiessen verweist auf die Vorstellung des Aktionsplans Klimaschutz der Landesregierung. Er erklärt, soweit er das gegenwärtig überblicken könne, seien die in dem Antrag erwähnten Forderungen als erfüllt anzusehen.

Abg. Nabel schlägt daraufhin vor, den Antrag zurückzuziehen. Die SPD-Fraktion - so erklärt er - habe noch weiteren Beratungsbedarf.

Nach Auffassung von Abg. Hildebrand werden im Zukunftsprogramm Wirtschaft entsprechende Förderungen gewährt.

Bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt der Ausschuss den Antrag zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Beitrag zum Klimaschutz und mögliche Auswirkungen der Klimaveränderung auf Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1620

(überwiesen am 11. Oktober 2007 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und
den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Nabel verweist darauf, dass die Landesregierung den Aktionsplan Klimaschutz vorgestellt habe. Er regt an, diesen gemeinsam mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU zu diskutieren. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, die inhaltliche Beratung zurückzustellen.

Der Vorsitzende regt an, die Fortschreibung des Klimaschutzberichts, der durch Beschluss des Landtages Mitte 2008 vorgelegt werden sollte, auf das Jahr 2009 zu verschieben.

M Dr. von Boetticher bekräftigt das vom Vorsitzenden vorgetragene Anliegen. Er legt dar, es mache wenig Sinn, vier Monate nach Inkrafttreten des Aktionsplans über dessen Auswirkungen darüber zu berichten.

Abg. Matthiessen schlägt vor, den von der Landesregierung angeforderten Bericht über die Auswirkungen der geplanten Kohlegroßkraftwerke in diesem Zusammenhang zeitnah mitzudiskutieren.

Abg. Bernstein unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden, die Fortschreibung des Klimaschutzberichtes für das Jahr 2009 zu erbitten. Außerdem hält er es für sinnvoll, den Aktionsplan Klimaschutz gemeinsam mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU zu diskutieren.

Abg. Hildebrand regt an, eine Anhörung durchzuführen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt der Ausschuss überein, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU gemeinsam mit dem Aktionsplan Klimaschutz zu diskutieren und zunächst zurückzustellen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt der Ausschuss die Durchführung einer Anhörung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1562

(überwiesen am 12. September 2007 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Europaausschuss)

Abg. Hamerich kündigt die Ablehnung des Antrags durch die CDU-Fraktion aus datenschutzrechtlichen Gründen an.

Abg. Dr. Höppner trägt vor, zwar gebe es auf EU-Ebene eine Transparenzinitiative, aber noch keine abschließende Beratung dazu. Es gebe auch keine Richtlinie. Sobald eine solche vorliege, müsse diese Maßstab im Hinblick auf Transparenz bei Agrarsubventionen sein. Eine entsprechende Regelung im Vorwege halte er nicht für notwendig. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Abg. Hildebrand regt an, zu gegebener Zeit eine Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten einzuholen.

Abg. Matthiessen verweist auf eine Presseerklärung des Abg. Fischer vom 29. November 2007, „Transparenz ist wichtig!“, über ein Schleswiger Urteil zu mehr Transparenz bei Agrarsubventionen. Er argumentiert ferner, der Steuerzahler habe ein Recht darauf zu wissen, wo seine Gelder verblieben. In diesem Zusammenhang stellt er die Prognose auf, dass Großbetriebe im Verhältnis zu Kleinbetrieben mehr gefördert würden. Dies bezeichnet er als Mausehelei. Ferner spricht er die landwirtschaftliche Direktförderung sowie Fehlallokation an. - Der Vorsitzende weist den Vorwurf der Mausehelei zurück. Er halte das für sachlich nicht angemessen und falsch. - Abg. Matthiessen nimmt diesen Vorwurf zurück.

Abg. Hamerich weist darauf hin, dass bereits in der Beratung des Europaausschusses auf die Presseerklärung von Abg. Fischer verwiesen worden sei; gleichwohl habe er gegen den zur Beratung stehenden Antrag gestimmt.

Abg. Dr. Höppner betont, die Aussage von Abg. Fischer stehe nicht im Widerspruch zu seinen Ausführungen. Er verweist darauf, dass auch die EU-Kommission, die selbst Transparenz gefordert habe, noch diskutiere. In diesem Prozess müsse Sorgfalt gewahrt werden.

Bezüglich der Förderung - Einzelbetrieb oder Großbetrieb - verweist er darauf, dass die gleichen Förderrichtlinien gelten. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass es keinen Subventionsbereich gebe, in dem mehr Kontrollen existieren als im Bereich der Agrarsubventionen.

M Dr. von Boetticher macht darauf aufmerksam, dass die europäischen Fördergelder aufgrund europäischer Regelungen gezahlt würden. Alle diese Zahlungen unterlägen dem europäischen Recht und damit auch dem europäischen Datenschutzrecht. Es sei äußerst schwierig, im Vorwege vor einer europäischen Regelung nationales Recht zu schaffen. Vor diesem Hintergrund plädiere er dafür, zunächst die entsprechenden europäischen Durchführungsbestimmungen abzuwarten.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag Drucksache 16/1562 abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Holzbeschaffungsrichtlinie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1379

(überwiesen am 10. Mai 2007)

Abg. Hamerich schlägt vor, in die Diskussion über den vorliegenden Antrag auch die Bundesrichtlinie einzubeziehen. Diese sehe sowohl eine FSC- als auch eine PEFC-Zertifizierung vor.

Abg. Nabel hält es für sinnvoll, die Ergebnisse der Beratungen innerhalb der Landesregierung einzubeziehen. Für den Fall, dass eine Holzbeschaffungsrichtlinie erlassen werden sollte, sollte diese für alle Landesbehörden gelten. Vor diesem Hintergrund beantragt er Zurückstellung des Antrags. - Diesem Antrag stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Stand der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1729

(überwiesen am 12. Dezember 2007 zur abschließenden Beratung)

Im Rahmen einer kurzen Diskussion erläutert M Dr. von Boetticher, dass in den letzten zwei-einhalb Jahren in der Regel vorgezogene Maßnahmen durchgeführt worden seien. Weitere Maßnahmen stünden noch bevor, insbesondere Renaturierungsmaßnahmen im Laichbereich von Fischen.

Er sagt zu, dem Ausschuss eine Auflistung der in den letzten zwei Jahren durchgeführten Maßnahmen in schriftlicher Form zukommen zu lassen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlüsse von „Jugend im Landtag“

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdruck 16/2710

Der Ausschuss empfiehlt den Fraktionen, sich inhaltlich mit den Beschlüssen auseinanderzusetzen und gegebenenfalls eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Blauzungenkrankheit: Aktuelle Situation, Impfungen in Schleswig-Holstein, Meldungen von Tierzahlen, Finanzierung der Impfungen, Zeitplan

Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/2731

M Dr. von Boetticher sagt zu, dem Ausschuss eine schriftliche Information zum Thema Blauzungenkrankheit zukommen zu lassen. - Der Ausschuss erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Port Olpenitz: Stand des Genehmigungsverfahrens sowie die naturschutzfachliche Situation im Planungsgebiet und in der Nachbarschaft

Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/2731

M Dr. von Boetticher gibt einen kurzen Überblick über den derzeitigen Stand des Genehmigungsverfahrens sowie die Einschätzung des Umweltministeriums aus naturschutzfachlicher Sicht dazu. Diese Ausführungen werden von AL Püstow ergänzt.

Auf Bitte der Abg. Rodust sagt M Dr. von Boetticher zu, dem Ausschuss den Bericht in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen (Umdruck 16/2746).

Abg. Hildebrand hält es für sinnvoll, den Ausschuss über eine Entscheidung im Rahmen des gemeindlichen Planungsverfahrens von Kappeln zu informieren, sobald der Abwägungsprozess der Gemeinde abgeschlossen sei.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Aktueller Stand zum Transport australischen Giftmülls nach Schleswig-Holstein

M Dr. von Boetticher erinnert zunächst an den bisherigen Verfahrensablauf. Er legt dar, auch vor dem Hintergrund der geänderten politischen Verhältnisse in Australien werde mit Sicherheit mit einem neuen, besser begründeten Antrag zu rechnen sein. Dann stehe die Landesregierung, wie er bereits zu früherem Zeitpunkt ausgeführt habe, wieder vor einer gebundenen Entscheidung.

Auf eine Nachfrage von Abg. Matthiessen erläutert Herr Dr. Wasielewski, der Chemiekonzern Orica habe mitgeteilt, dass die bisherige Einschätzung der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf einem Missverständnis beruhe. Sie gründe sich auf eine Äußerung aus dem australischen Umweltministerium, nach der bei der Entsorgung des Giftmülls in Australien möglicherweise mit politischen Protesten zu rechnen sei. Werde ein erneuter Antrag mit einer anderen, neuen Begründung vorgelegt, sei dieser erneut zu prüfen.

b) Ausweisung des Schleswig-Holsteinischen Wattenmeers als UNESCO-Weltnaturerbe

M Dr. von Boetticher berichtet, auch nachdem sich Hamburg nicht mehr an der Antragstellung für die Ausweisung des Wattenmeers als UNESCO-Weltnaturerbe beteilige, verfolge Schleswig-Holstein dies in Zusammenarbeit mit Niedersachsen und den Niederlanden weiter. Er sei optimistisch, dass es zu der Anmeldung kommen werde. Die bisherige Zeitplanung könne noch eingehalten werden.

c) Neujahrssessen

M Dr. von Boetticher erinnert an seine Einladung zum Neujahrssessen am 30. Januar 2008, 18:30 Uhr.

d) Wildpark Eekholt

Auf eine Frage des Abg. Hildebrand lehnt M Dr. von Boetticher dar, dass mit den Betreibern des Wildparks Eekholt eine vertragliche Regelung getroffen worden sei.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin